

Gliederung Wahlprogramm Königslutter

1. Präambel

Fast kommt es uns unwirklich vor: 16 Monate Lockdown liegen hinter uns, weitgehende Isolation und Kontaktvermeidung, wo es nur ging.

Und jetzt? Ist die Pandemie vorbei? Oder kommt die nächste Welle?

Die Bilder der unfassbaren Zerstörungen der Flutkatastrophe in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen sind uns noch sehr präsent.

Sind wir eigentlich in Königslutter vor ähnlichen Katastrophen sicher?

Pandemien und katastrophale Wetterereignisse sind Ausdruck davon, wie sehr unsere Lebensweise sich gegen die Natur richtet, obwohl wir doch selbst ein Teil von Natur sind.

Kann das gut gehen, wenn das so weiter geht?

Seit ihrer Gründung treten **Bündnis90/Die Grünen** dafür ein, dass dieses sich ändert.

Die Zeit für diese Veränderung ist jetzt, der Ort für diese Veränderung ist hier.

Als mündige Bürger*innen verändern wir unsere Stadt und unsere Dörfer hin zu einer nachhaltigen, lebendigen, lebenswerten Nachbarschaft, in der niemand zurückgelassen wird.

Wir machen uns auf den Weg. Gehen Sie mit?

2. Verkehr und Mobilität

Stellen wir uns mal vor, unser Recht auf Mobilität wäre für uns alle gleichberechtigt verwirklicht und hätte keine schädlichen Auswirkungen auf unser Leben und unsere Umwelt.

Unsere Kinder können gefahrlos mit dem Fahrrad zur Schule fahren. Unsere Großeltern werden auf den Fußwegen nicht von Radfahrern bedrängt. Alle Wege innerhalb der Stadt erledigen wir gerne mit dem Fahrrad, weil überall gute und sichere Radwege sowie kostenlose Unterstellmöglichkeiten für Fahrräder verfügbar sind. Anruflinientaxis fahren uns zum Bahnhof oder in andere Ortsteile. Unsere Fahrräder nehmen wir natürlich kostenlos mit in Bus und Bahn. Fahrradschutzstreifen auf den Durchgangsstraßen verhindern Konflikte zwischen Fußgängern und Radfahrern oder zwischen Radfahrern und PKWs. Auf allen Straßen innerhalb der Ortschaften fährt niemand schneller als Tempo 30. Die Energie, die wir für unsere Mobilität benötigen, wird ohne schädliche Folgen für Klima und Umwelt produziert, das spart richtig Geld.

Wir alle sind Bürgerinnen und Bürger Königslutters und haben das gleiche Recht auf Mobilität. Wir sind deshalb alle gemeinsam in der Verantwortung, dieses Recht gleichberechtigt wahrzunehmen. Das ist gut und gesund für unser gemeinsames Leben in Königslutter.

Das wollen wir von Bündnis90/Die Grünen im Rat der Stadt Königslutter erreichen:

- Die erforderliche ökologische Verkehrswende fängt in der Kommune an. Voraussetzung ist, sie als gemeinsames Projekt von Kommunalpolitik, Zivilgesellschaft und örtlicher Wirtschaft zu entwickeln. Wo wollen wir in unserer Stadt hin mit dem Verkehr bis in zehn

Jahren und wie wollen wir das schaffen? Diese Frage soll gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern in öffentlichen Einwohnerversammlungen erörtert werden.

- Wir treten dafür ein, dass in unserer kommunalen Verkehrsplanung die Verkehrsmittel des Umweltverbundes, also das Zu-Fuß-Gehen, das Radfahren, das Fahren mit Bussen und Bahnen im öffentlichen Nahverkehr sowie ergänzend Carsharing und Taxis als öffentliche Autos grundsätzlich Vorrang haben. Auch Mitfahrbänke finden wir gut.
- Die autozentrierte Stadt ist ein Relikt von gestern. Jetzt geht es darum, dass anstelle des Bedürfnisses, mit dem Auto unterwegs zu sein, die Ansprüche der Menschen an lebenswerte Stadtqualitäten und ein gutes Wohnumfeld und die Ansprüche der Gesellschaft an eine klima- und umweltschonende Mobilität in den Mittelpunkt rücken.
- Tempo-30-Straßenabschnitte vor Grundschulen sind gut und richtig. Aber für eine echte Verkehrswende ist eine flächendeckende innerörtliche Höchstgeschwindigkeit von Tempo 30 mindestens in allen Wohngebieten Königslutters notwendig.
- Die 2019 erarbeiteten Maßnahmen zur Verbesserung der Radverkehrsinfrastruktur sollen umgesetzt werden, angefangen mit der Beseitigung der dort festgestellten Sicherheitsmängel.
- Letztendlich ist die kommunale Verkehrsplanung als übergreifende Aufgabe zu verstehen. So hat sich auch die Planung neuer Wohn- und Gewerbegebiete an den Erfordernissen einer echten Verkehrswende zu orientieren.

2. Klimaneutrale Kommune

Super! So wie Sie gibt es viele Menschen in unserer Gemeinde, die sich an vielen wichtigen Stellen Gedanken um umweltbewusstes Handeln machen.

Sie legen insekten-freundliche Gärten an, pflanzen Bäume, kümmern sich um Solarpanele auf den Dächern, kaufen energieeffiziente Haushaltsgeräte, nutzen Ökostrom, nutzen das Fahrrad, um die Wege in der Stadt zurückzulegen und kaufen regional und plastikfrei ein. **Weiter so!**

Deutschland hat sich im Pariser Klimaabkommen dazu verpflichtet, gemeinsam mit der internationalen Gemeinschaft die Erderhitzung auf 2 Grad zu begrenzen. Die wissenschaftlichen Empfehlungen gehen mittlerweile von einem 1,5 Grad Ziel bis 2035 aus (und gerade jetzt lernen wir, wie wichtig es ist, auf die Wissenschaft zu hören.)

Wir alle wissen, dass wir handeln müssen, damit die Erderhitzung nicht weiter steigt. Wir sehen die Auswirkungen der Trockenheit auf unsere Bäume im Elm, die mit den klimatischen Bedingungen nicht mehr klar kommen. Wir wissen, dass es nicht naturgemäß ist, im Februar innerhalb von einer Woche Temperaturschwankungen von -17 bis +17 Grad zu haben und sich damit die Vegetationszeiten verschieben.

Wir haben kein Erkenntnisproblem, sondern ein Umsetzungsproblem.

70 Prozent aller CO₂-Emissionen der öffentlichen Hand entfallen auf Städte und Gemeinden. Rund 3,4 Milliarden Euro jährlich geben Kommunen in Deutschland allein für die Strom- und Wärmeversorgung in ihren

Liegenschaften aus. Die wichtigsten Maßnahmen bei der Begrenzung der Klimaerhitzung sind Energieeinsparung, Energieeffizienz und die rasche und weitgehende Umstellung aller Sektoren auf 100 Prozent erneuerbare Energien:

Deswegen fragen wir als Bündnis90/DieGrünen : Und was macht unsere Kommune?

- **Verkehr, Heizen, Strom – die gesamte Energie, die wir nutzen, muss zukünftig aus erneuerbaren Energien stammen.**
- Der Schlüssel zu mehr Energieeffizienz liegt in der **Einführung eines kommunalen Energie- und Klimaschutzmanagements**, um die Lage vor Ort systematisch zu analysieren, Ziele und Maßnahmen zu entwickeln sowie finanzielle Förderungsmöglichkeiten zu suchen, zu planen und die Maßnahmen umzusetzen.
- Dies gilt nicht nur für den Gebäudebereich, sondern für alle kommunalen Aufgabenfelder: von der Straßenbeleuchtung über die Förderung des öffentlichen Personenverkehrs bis hin zur Beschaffung effizienter Geräte.
- **Machen wir in Königslutter es den vielen Kommunen nach, die bereits aktiv sind, klinken wir uns ein in die verschiedenen Netzwerke zur energieeffizienten Kommune. Lernen wir voneinander und kommen wir damit gut ans Ziel.**

3. Natur- und Umweltschutz

Auf den ersten Blick scheint hier in Königslutter die Welt noch in Ordnung zu sein: Wir haben viele Möglichkeiten, die Natur zu genießen und zur Erholung zu nutzen. Unseren Kindern bieten sich vielfältige Naturerfahrungen in Kita, Schule und Freizeit.

Aber bei genauerem Hinsehen wird deutlich, wie sehr auch bei uns das Artensterben bereits dramatische Ausmaße annimmt.

Durch die fehlende Artenvielfalt bei Pflanzen verhungern viele Tierarten . Die Biomasse der Insekten ist um 75% zurückgegangen. Durch diesen Rückgang finden auch unsere Vögel immer weniger Nahrung. Viele Vogelarten sind inzwischen vom Aussterben bedroht.

Viele Grünflächen in der Stadt wirken verwaist und lassen ein buntes Insekten- und Pflanzenleben vermissen. Auch private Gärten sind zunehmend einseitig geprägt von exotischen Pflanzen, die unseren Insekten keinen Schutz und keine Nahrung bieten.

Zweckmäßigkeit steht bei der Gestaltung von öffentlichen und privaten Gartenanlagen leider oft im Vordergrund. Versiegelte Flächen, Verschotterung und vegetationsarme Grünflächen gewinnen zunehmend an Raum im Stadtbild.

Wir von Bündnis90/DieGrünen werden uns im Rat der Stadt dafür einsetzen,

- dass die Aufgaben von Umwelt- und Naturschutz in alle Entscheidungen immer bedacht werden und so zunehmend ein „grünes Bewusstsein“ entstehen kann
- dass kommunale Grünflächen mit standort-heimischen Blühpflanzen versehen werden. Auch die Pflanzung von Hecken und Bäumen sollte sich auf heimische Arten beschränken.

- Blüh- oder Pflegepatenschaften sollen gefördert werden, um öffentlichen Anlagen und damit dem Stadtbild ein buntes Gesicht zu geben und Bürger*innen bei der Gestaltung ihres Heimatortes einzubeziehen. Grünanlagen und öffentliche Parks können so wieder zu lebendigen Räumen der Begegnung werden.
- Auch die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen sollen berücksichtigt werden, indem z.B. naturnahe Spielplätze geschaffen werden
- Bei jedem neuen Baugebiet müssen Fragen von Umwelt und Naturschutz konsequent berücksichtigt werden.
- Das bereits nach der niedersächsischen Bauordnung existierende Verbot der Anlage von Schottergärten soll in jedem neuen Bebauungsplan explizit aufgenommen werden.
- Die Erhaltung von artenreichen Wiesen und Weiden ist zu fördern, indem Seitenräume kommunaler Feld- und Wirtschaftswege im Eigentum der Kommune in ihrer Funktion für den Natur- und Artenschutz revitalisiert werden.
- Wir wenden uns entschieden gegen den Bau eines neuen Gewerbegebietes in Scheppau.

4. Bauen und Stadtbelebung

Neue Ideen braucht unsere Stadt

und wir stellen uns vor, diese kommen aus der Bürgerschaft.

Die Bürgerinnen und Bürger sind im Dialog und basteln sich eine lebendige Kleinstadt, die einlädt, nette Menschen auf dem Marktplatz zu treffen, ein Eis zu essen und sich in der Fußgängerzone den alltäglichen Bedarf zu besorgen. Die Wege sind kurz, viele Menschen wohnen wieder in der Innenstadt und arbeiten vermehrt von zu Hause aus. Unser Zuhause ist bezahlbar und ein Ort zur Entspannung.

Alle Bürger*innen, egal ob jung oder alt, unabhängig von ihrer sozialen und kulturellen Herkunft identifizieren sich mit der Stadt. Die Stadt denkt an alle und bietet ihnen einen sicheren Ort. Niemand wird zurückgelassen. Damit unsere Kleinstadt ein lebenswerter Ort bleibt, bleiben wir im Dialog.

Das wollen wir von Bündnis90/Die Grünen im Rat der Stadt Königslutter erreichen:

- Bauland für Neubauten kann nicht ungebremst erschlossen werden. Die Ortschaften sollen sich nicht kontinuierlich vergrößern und weiteren Individualverkehr erzeugen.
- Innerstädtische Nachverdichtung und energetische Sanierung von Bestandsbauten muss gefördert werden.
- Alternative Wohnformen, vom Mehrgenerationenhaus über Nullenergie-Siedlungen und Tiny-House-Konzepten müssen eine Chance auf Realisierung haben. Der stark vernachlässigte Soziale Wohnungsbau muss wieder in Fahrt kommen um günstigen Wohnraum zu schaffen.

- Vorhaben, die die Westernstraße beleben, müssen unterstützt werden.
- Alle Maßnahmen wie Ausbau der Infrastruktur können nur umgesetzt werden, wenn sie das Ziel verfolgen, die Umwelt zu schonen und den angestrebten Klimazielen nicht im Wege zu stehen. Die Stadt fördert klimafreundlichen und ruhigen Verkehr.
- E-Mobilität und Fahrradwege müssen attraktiver werden.
- Das Potenzial der vielfältigen Vereinskultur muss gebündelt werden. Wir treten für ein soziokulturelles Bürger*innen-Zentrum als ein Ort des Dialoges ein.

5. Bürgerbeteiligung

Stellen wir uns mal vor, auch nach dieser Kommunalwahl wünscht sich unser Stadtrat weiterhin unsere Unterstützung.

Wir, die Bürgerinnen und Bürger, sind ja die Experten, die hier gemeinsam mit unseren Nachbarn leben.

Unsere Kinder gehen hier in die Kita oder fahren in die Schule. Wir gehen hier einkaufen oder fahren zur Arbeit. Abends in unseren Gärten erinnern wir uns an den abendlichen Vogelgesang und freuen uns über jede Wildbiene, die doch noch unseren blühenden Pflaumenbaum bestäubt.

Wir erleben mit Sorge, wie Läden in der Innenstadt geschlossen werden, wir sehen, wo neue Wohngebiete entstehen und wie die aussehen. Das alles tun wir mit offenen Augen und offenen Herzen.

Wie gesagt: wir sind die Experten für das Leben in Königslutter. **Wir alle sind deswegen gemeinsam in der Verantwortung, unser Expertenwissen als Bürgerinnen und Bürger in Königslutter zu teilen. Bürgerbeteiligung ist für alle Menschen in Königslutter gut und wichtig.**

Das wollen wir von Bündnis90/Die Grünen im Rat der Stadt Königslutter erreichen:

- Unsere Stadt wird sich zukünftig weiterhin vielfältig verändern, sei es in Hinblick auf die erforderliche Verkehrswende, dem Ziel einer klimaneutralen Stadt, der Ausweisung neuer Wohngebiete, der Innenstadtgestaltung und der Entwicklung notwendiger Infrastruktur.
- Alle diese Entwicklungen gelingen besser, wenn sie in einem kontinuierlichen Austausch zwischen den kommunalpolitischen Gremien und der Bürgerschaft entwickelt und gestaltet werden. Dieser Prozess der Bürgerbeteiligung schafft Vertrauen zwischen Kommunalpolitik und Bürgerinnen und Bürger und unterstützt notwendige Entscheidungen der politischen Gremien.
- In der Kommunikation zwischen Stadtrat, Verwaltung und Bürgerschaft sollen Leitlinien für eine mitgestaltende Bürgerbeteiligung erarbeitet werden, die anschließend durch den Stadtrat als Satzung verabschiedet werden. Geregelt wird hier, unter welchen Bedingungen die Bürgerinnen und Bürger einbezogen werden und welche Ressourcen die Stadt für die Beteiligung bereitstellt.

- Aktuelle und zukünftige Projekte der Stadt werden frühzeitig benannt und es wird festgelegt, wie Bürgerbeteiligung stattfinden soll. Dadurch werden die Bürgerinnen und Bürger frühzeitig und transparent über wichtige Projekte und Planungen der Kommune informiert.
- Mitgestaltende Bürgerbeteiligung ermöglicht bessere Lösungen, schont Ressourcen und spart Geld. Die Vielfältigkeit unserer Bürgerschaft ist dabei eine wichtige Grundbedingung, die Prozesse der Bürgerbeteiligung unterstützt.
- Um diese Voraussetzung zu stärken streben wir die Einrichtung eines sozio-kulturellen Begegnungszentrums in Königslutter an.

6. Gesundheit

Gute Gesundheitspolitik setzt schon bei der Vermeidung von Erkrankungen und Pflegebedürftigkeit an und gestaltet gesundheitsfördernde Lebenswelten. Sie nimmt auch das psychische und soziale Wohlbefinden in den Blick. Das heißt auch: Klimaschutz ist Gesundheitsschutz.

Prävention, Gesundheitsförderung und gesundheitliche Versorgung sind Querschnittsaufgaben, die in allen Politikbereichen verfolgt werden müssen.

Die Versorgungsplanung im Gesundheitssystem soll gestärkt werden. Stationäre und ambulante Versorgung sollen zusammen gedacht, geplant, finanziert und durchgeführt werden. Prävention und Gesundheitsförderung werden in allen kommunalen Handlungsfeldern fest verankert.

Das bedeutet, dass Ärzt*innen, Psychotherapeut*innen, Pflegekräfte und andere gesundheitsnahe Berufe sowie ein ausgebauter und gut ausgestatteter öffentlicher Gesundheitsdienst Hand in Hand und auf Augenhöhe zusammenarbeiten, beispielsweise in gemeinwohlorientierten Gesundheitszentren.

Pflegekräfte sollen mehr Steuerungsverantwortung für die Gestaltung der Pflege übernehmen können. **Heilmittelerbringer*innen und gesundheitsnahe Berufe sind ein essenzieller Teil unseres Gesundheitssystems und müssen finanziell besser abgesichert werden.** Gute Versorgung durch Hebammen – ob ambulant oder in Geburtshäusern und Kreißsälen – muss sowohl in ländlichen Regionen als auch in Städten gesichert sein.

Gesundheit und Pflege muss allen Menschen gleich zur Verfügung stehen. Beim Zugang darf es keinen Unterschied nach Einkommen oder Versicherungsstatus geben. Wahlfreiheit im Gesundheitswesen bedeutet, dass Versicherte die Möglichkeit haben, sich im Krankheitsfall zwischen unterschiedlichen qualitätsgesicherten Angeboten und Therapien zu entscheiden. Dafür braucht es Therapieviefalt und das Selbstbestimmungsrecht der Patient*innen.

Menschen, die pflegebedürftig werden, wollen zumeist in ihrem gewohnten Umfeld bleiben. Eine dezentrale Pflegestruktur, bei der die Wünsche, die Selbstbestimmung und Selbständigkeit der betroffenen im Mittelpunkt stehen, ist dafür der beste Weg. Deshalb sollen Kommunen mehr Möglichkeiten bekommen, das Angebot an Pflege und Betreuung vor Ort zu gestalten, eine bedarfsgerechte Pflegeinfrastruktur zu schaffen und dabei insbesondere auf einen umfassenden Ausbau von ambulanten Wohn- und Pflegeformen statt weiterer Großeinrichtungen zu achten. **Ziel sind lebenswerte Quartiere für alle Generationen, in denen professionelle Pflegeangebote und nachbarschaftliche Initiativen ineinandergreifen und diese ältere und pflegebedürftige Menschen sowie pflegende Angehörige unterstützen.**

Was wollen wir von Bündnis90/DieGrünen im Rat der Stadt Königslutter erreichen?

- Förderung der Sportvereine, Sanierung der vorhandenen Sportanlagen, Ausbau eines Naherholungsgebietes Elm
- Der Betrieb von Freibad und Hallenbad der Lutterwelle wird langfristig gesichert.
- Schaffung regionaler Gesundheitszentren, deren Zielsetzung am Gemeinwohl ausgerichtet ist; Anregung kommunaler Gesundheitskonferenzen unter Einbeziehung des AWO-Psychiatriezentrums und der niedergelassenen Ärzt*innen
- Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs unter Berücksichtigung des Zugangs zu Einrichtungen des Gesundheitswesens
- Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements bei der Schaffung von Mehr-Generationen-Häusern; Ausbau von kommunalen Wohnangeboten für pflegebedürftige Mitbürger*innen

7. Schule

Gute Bildungsangebote von Anfang an!

Familien brauchen verlässliche und zeitlich flexible Betreuungsangebote, um die Anforderungen von Beruf und Kinderbetreuung miteinander vereinbaren zu können. Jedoch Kindertagesstätten sind längst mehr als nur Orte der „Aufbewahrung“.

Vorschulische Bildung schafft die Grundlage für den späteren Schulbesuch. Kinder kommen mit sehr unterschiedlichen Voraussetzungen in die Schule. Und wir alle wissen, dass Bildungschancen je nach sozialer Herkunft noch immer ungleich verteilt sind.

Wollen wir mehr Chancengleichheit , müssen wir bereits die Qualität und Intensität der frühkindlichen Bildung verbessern.

Die Anforderungen an Kindertagesstätten und damit an Kita.- Fachkräfte sind seit Inkrafttreten des Kitagesetzes von 1992 erheblich gestiegen:

- Der Bedarf an Krippenplätzen hat deutlich zugenommen, die Kinder kommen immer jünger in die Einrichtungen, was einen Mehrbedarf an Pflege und personaler Zuwendung bedeutet,
- Kinder kommen aus sehr unterschiedlichen sozialen Verhältnissen und bringen damit auch unterschiedliche Voraussetzungen und Bedürfnisse mit. In diesem Zusammenhang spielt Elternarbeit eine immer größere Rolle und ist zeitintensiver geworden.
- Gerade die Sprachförderung ist eine wichtige Aufgabe in der vorschulischen Bildung und soll in Zukunft zunehmend von den Kitas übernommen werden.
- Die UN- Behindertenrechtskonvention von 2006 mit dem Recht auf Inklusion gilt auch für Kindertagesstätten. Inklusive Teilhabe ist also auch ein Ziel für unsere Kindertagesstätten.

Unsere Kinder brauchen gut ausgestattete Räume und Zeit. Zeit für gemeinsames Lernen und Spielen, Forschen und Entdecken, gemeinsame kulturelle, soziale und demokratische Erfahrungen, Sprach- und Bewegungsförderung und individuelle Betreuung.

Zur Umsetzung all dieser Aufgaben brauchen wir gut ausgebildete, motivierte Fachkräfte und diese brauchen gute Arbeitsbedingungen!

Wir von Bündnis90/DieGrünen fordern im Rat der Stadt für gute Kitas

- Die Fachkräfte sollen mehr Zeit für die vielfältigen pädagogischen Aufgaben bekommen. Deshalb muss die Verfügungszeit auf 10 Stunden pro Woche angehoben werden.
- Um ein Angebot für alle Kinder machen zu können, müssen weitere Plätze zur inklusiven Betreuung geschaffen werden und mindestens eine Fachkraft in der Gruppe sollte über eine heilpädagogische Zusatzausqualifikation verfügen. Inklusive Gruppen sollen zur Regel werden, damit Eltern nicht mehr um das Recht ihrer Kinder auf inklusive Teilhabe kämpfen müssen.
- Die Zusammenarbeit zwischen Kita und Grundschule muss ausgebaut werden. Der Aufbau von Familienzentren an Kita und Grundschulstandorten ist ein guter Weg, um familienbegleitende und unterstützende Angebote für Kinder und Eltern zu implementieren. Durch einen guten Kontakt von Kitakräften und Lehrer*innen zu den Elternhäusern können Hemmschwellen abgebaut werden, um Familien, insbesondere den Kindern, frühe Hilfen anbieten zu können.

Verschiedene Schulformen, die unterschiedliche Lernvoraussetzungen berücksichtigen und allen Kindern optimale Entwicklungsmöglichkeiten bieten, sollten in einer Stadt wie Königslutter selbstverständlich sein.

Deswegen werden wir von Bündnis90/DieGrünen uns im Landkreis dafür einsetzen:

- dass Königslutter ein gymnasiales Schulangebot erhält, das ihr auf Grund ihrer Stadtgröße zusteht.
- Kurze Beine, kurze Wege, das gilt auch noch für die älteren Schüler*innen.
- Jedes Kind und jeder Jugendliche muss der Zugang zu einer gut ausgestatteten Bildungseinrichtung ermöglicht werden, ohne dass dafür unsinnig lange und ökologisch nicht vertretbare Wege zurückgelegt werden müssen.